

*Rechtsanwalt*

*Dr. Eva Maria Barki*

*A- 1010 Wien, Landhausgasse 4/Minoritenplatz 6*

*Telefon (+ +43-1) 535 39 80, 535 06 78, Telefax (+ +43-1) 533 88 48, E-Mail barki@lawwv.at*

---

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Erdbeben von Ibiza erfasst nicht nur Österreich, sondern ganz Europa. Wir sind nicht nur um einen Skandal reicher, sondern um die Hoffnung ärmer, dass die immer größer werdenden Probleme und Herausforderungen im Sinne einer friedlichen Zukunft gelöst werden können.

Was das Ziel ist, zeigt deutlich die einhellige Reaktion in Politik und Medien. Während es an – berechtigter – Kritik am zweifellos unentschuldbaren Verhalten der beiden führenden Politiker der Freiheitlichen Partei nicht mangelt, gibt es keinen Aufschrei über den noch größeren Skandal: Nämlich die kriminelle, mit Geheimdienstmethoden präzise vorbereitete und exakt durchgeführte Aktion, mit der in Missachtung von Grundrechten und unter Ausschaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien nicht nur die beiden Politiker bloßgestellt werden (wobei mangels Kenntnis des Gesamtvideos keine objektive Beurteilung über das Zustandekommen der Aussagen möglich ist), sondern eine Regierung gestürzt und eine im Aufwind befindliche Partei vernichtet wurde.

Die beiden Politiker haben die Konsequenzen gezogen und sind zurückgetreten. Die Urheber der geheimdienstlichen Aktion sind immer noch unbekannt und wird deren Ausforschung auch nicht wirklich betrieben. Hierzu wäre im Übrigen auch eine Änderung des Strafrechtes notwendig, da sowohl der ausländische Tatort als auch die Zurückziehung auf das Redaktionsgeheimnis die Identifizierung der Täter erschwert.

Es kann daher nur vermutet werden, aus welchen Kreisen die Aktion gestartet wurde, denn dieser Angriff galt nicht nur den beiden Politikern und der Freiheitlichen Partei in Österreich, sondern all jenen, die für ein freies und selbstbestimmtes Europa unter Bewahrung der kulturellen Identität und politischen Souveränität der Nationalstaaten eintreten.

Es ist daher wohl kein Zufall, dass diese Aktion nach einer Vorbereitungszeit von zwei Jahren einige Tage vor den Wahlen zum Europaparlament an die Öffentlichkeit gespielt wurde. Es ist wohl auch kein Zufall, dass der Sturz ausgerechnet der österreichischen Regierung als Exempel vorgeführt wurde. Hat doch der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban Österreich als Vorbild einer gelungenen Koalition für das Europaparlament bezeichnet.

Eine noch deutlichere Sprache sprechen die raschen Reaktionen von Politik und Medien, in welchen unisono alle „rechtsnationalen und rechtspopulistischen“ Parteien verurteilt werden.

